

FREIHEITLICH SOZIALISTISCHE ZEITSCHRIFT

nr. 23 dm 1,-

die neue HEINZEL PRESS



IMPRESSUM

HEINZELPRESS-VERLAG, 5 Köln 1, Gereonsmühlengasse 24, Tel. 133163

Presserechtlich verantwortlich:
Arne Houben, 5 Köln 1,
Gereonsmühlengasse 24

Druck: HEINZELPRESS

Bestellungen, Abos etc.:
Einzelheft DM 1,50 incl. Porto
Jahresabo = 4 Hefte DM 5,- incl.P.
Probeheft kostenlos

Überweisung auf:
Postscheckkonto Köln, H.P.Meyer,
Nr. 216528 - 5o2
(Absender nicht vergessen!)

die neue HEINZELPRESS

EDITORIAL

Nach längerer Pause ist die HEINZELPRESS wieder da. Eine neue HEINZELPRESS, teurer und dicker, mit einem neuen Konzept. Sie nennt sich jetzt 'Freiheitlich Sozialistische Zeitschrift' und wird überregional vertrieben. Sie kommt immer noch von den Heinzelmenschen aus Köln, ist aber nicht mehr speziell für Köln gemacht.
UNSER ZIEL: Den freiheitlichen Sozialismus zu propagieren, über seine Gruppen in aller Welt zu berichten, seine Ideen zu diskutieren und damit die Sympathisanten und Aktiven der antiautoritären Bewegung zusammenzuhalten.
UNSERE AUFGABE: Dabei eine lesbare Zeitschrift herauszugeben und uns selbst nicht zu ernst zu nehmen.
UNSERE HOFFNUNG: Mitzuhelfen, daß wir rauskommen aus der Sackgasse, in der wir stecken, eingekeilt zwischen Staatserhaltern und Parteiaufbaulern, Maos, Trotzkis und anderen Gläubigen.
UNSERE BITTE: Schreibt uns, wenn euch das auch interessiert!!! (Adresse siehe IMPRESSUM.)

INHALT

nr. 23

dezember 75

SPD intern...

PREISERHÖHUNG BEI ÖFFENTLICHEN VERKEHRSMITTELN

Alle paar Jahre mußten die Benutzer der Kölner Verkehrsbetriebe damit rechnen, durch Preiserhöhungen dazu gedrängt zu werden, vielleicht doch aufs Auto umzusteigen. Das soll jetzt anders werden, denn die Vorsitzenden der SPD-Rathausfraktionen der wichtigsten Großstädte Nordrhein-Westfalen haben auf einem Treffen im Juni dieses Jahres beschlossen, die Preissteigerungspolitik der städtischen Nahverkehrsunternehmen zu "verstetigen". Im Klartext heißt das, daß Preissteigerungen in regelmäßigen Abständen vorgenommen werden sollen, damit sich die Bürger schließlich daran gewöhnen, daß die Bahn jedes Jahr teurer wird. Diese Ungeheuerlichkeit entnahmen wir einer Niederschrift des oben erwähnten Treffens, deren Wortlaut wir hier abdrucken.

Vermerk:

Am Donnerstag, den 26. Juni 1975, trafen sich auf meine Einladung hin im Gesellschaftszimmerder Mercatorhalle die Vorsitzenden der SPD-Fraktionen in nordrhein-westfälischen Großstädten über 200 000 Einwohner. Anwesend waren Genossen aus den Städten: Dortmund, Gelsenkirchen, Bochum, Oberhausen, Düsseldorf, Köln, Duisburg, Essen, Wuppertal, Hagen, Mönchengladbach, Krefeld und Bonn (s. Anwesenheitsliste). Entschuldigt fehlten Genossen aus Bielefeld, die am gleichen Tag eine Ratssitzung hatten, an der alle Fraktionsmitglieder teilnehmen mußten.

Nach ausgiebiger Diskussion der finanziellen Situation der einzelnen Nahverkehrsunternehmen in den Großstädten wurden folgende Empfehlungen einstimmig ausgesprochen:

1. Die nordrhein-westfälischen Großstädte sollen wenn notwendig in der ersten Hälfte des Novembers 75 die notwendigen Beschlüsse herbeiführen und die Verkehrstarife zum 1.1.1976 erhöhen.

2. Zum 1.1.1977 sollen in allen Städten gleichzeitig weitere Erhöhungen vorgenommen werden, sofern dies aus der Sicht der Unternehmen und der jeweiligen städtischen Finanzlage notwendig ist.

3. Es wird angestrebt, die Tarifpolitik der öffentlichen Nahverkehrsunternehmen zu verstetigen, Tariferhöhungen in regelmäßigen relativ kurzen Abständen vorzunehmen, um so mittelfristig der Frage von Tariferhöhungen in der kommunalpolitischen Diskussion einen geringeren Stellenwert zu geben.

4. Der Landesvorsitzende der SPD, Werner Figgen, soll durch den Unterzeichnenden von dem Treffen unterrichtet werden. In diesem Schreiben soll insbesondere klargemacht werden, daß es sich hierbei nicht um einen weiteren Kreis zur Beeinflussung der parteiinternen Willensbildung handelt, sondern um den Erfahrungsaustausch von Genossen, die ähnliche Probleme in den Städten haben in denen sie Verantwortung tragen. Des weiteren soll in diesem Schreiben klargestellt werden, daß der Kreis keine Konkurrenz zur SGK darstellt. Um den Kontakt zur SGK zu gewährleisten, soll der Genosse Heinz Dunkel künftig zu diesen Treffen eingeladen werden.

5. Die Kölner Stadtratsfraktion übernimmt einstweilen die Geschäftsführung für die weiteren Treffen. Das nächste Treffen soll am 9. September 1975, 18.30 Uhr, in Köln stattfinden.

Köln, den 30.6.1975 Herterich

SPD INTERN......

Der ganze Vorgang wirft ein bezeichnendes Licht auf die innerparteiliche Demokratie in der SPD. Während die Ortsvereine und Unterbezirke der Partei eifrig Resolutionen gegen Preiserhöhungen oder gar für den Nulltarif beschließen und glauben, damit eine bevölkerungs - nahe Verkehrspolitik ihrer Partei sichern zu können, treffen sich die wirklichen "Macher" im stillen Kämmerlein und beschließen schlicht, was sie für richtig halten.

DEMOKRATIE

Die innerparteiliche Demokratie wird zur Farce, sie zeigt, welche Funktion sie bei allen Parteien hat: Die Mitglieder zu beschäftigen und der herrschenden Partei-Oligarchie ein demokratisches Mäntelchen umzuhängen. Außerdem bewirkt diese Beschäftigungstherapie, mit ihren dauernden Enttäuschungen, daß auch die Nachwuchspolitiker ihre Aufgabe als "Kunst des Machbaren" im Sinne der Herrschenden begreifen und ihnen damit die Vorstellung ausgetrieben wird, daß etwas anderes als die vorhandenen Zustände überhaupt machbar sei.
So werden schließlich aus den Idealisten, die in die Partei eintraten um etwas für die Bevölkerung zu tun, Technokraten denen nur noch daran liegt, den "Laden" möglichst reibungslos am Laufen zu halten und die Position der eigenen Gruppe zu stärken.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, mit welchen Tricks die Argumentation um die Notwendigkeit einer Preiserhöhung bei den Kölner Verkehrsbetrieben geführt wurde.

Da die Finanzsituation der Stadt Köln allgemein angespannt war und durch die Spekulationsverluste bei der Herstatt-Pleite weiter verschlechtert wurde, mußten neue Einnahmemöglichkeiten für die Stadtkasse gefunden werden.

BILANZ

So ging man daran, als erstes eine möglichst deprimierende KVB-Bilanz aufzustellen. Alles, was nur irgendwie bei der KVB an Ausgaben unterzubringen war, wurde in der Bilanz verwendet, um ein möglichst hohes Defizit herauskommen zu lassen. Das waren dann schließlich auch, oh Jammer und Weh, 90 Mio. DM.
Wenn man sich allerdings die Bilanz genauer anschaut, kommen erstaunliche Dinge zu Tage, die der Kölner Straßenbahn- und Bus-Benutzer über seinen Fahrpreis mitbezahlen soll:

Da erfährt man, daß die Stadt Köln eine defizitäre Gütereisenbahn betreibt, mit 5o Privatanschlüssen von Industrieunternehmen. Dieser Güterbetrieb ist der KVB angegliedert und seine ca. 1o Mio. DM Verlust sollen vom Personenverkehr aufgebracht werden. Warum eigentlich?

Dann stellt sich heraus, daß der Straßenbahnfahrer von 1975 auch für die Fehler der Kölner Stadtverwaltung in den 20er und 30er Jahren bezahlen soll, die damals die Kosten der Rentenbeiträge für das bei ihr beschäftigte Straßenbahnpersonal sparte und deshalb heute selbst für deren Rente aufkommen muß. Das ist ja auch richtig so, nur sollten die Mittel dazu aus dem Sozialetat der Stadt stammen und nicht aus den Taschen der Straßenbahnbenutzer. Es sind nämlich immerhin 29 Mio. DM.

Interessant ist auch, daß wir Straßenbahnfahrer die Kosten tragen müssen, die dadurch entstehen, daß die immer weiter steigende Flut von Autos Veränderungen der Bahnstrecke nötig macht, sogenannte Straßenbaufolgekosten, die von der KVB mit 10 Mio. DM angegeben werden.

Auch mit der Abschreibung sind die KVB-Bilanzöre groß: Von den Neuanschaffungen von 74 Mio. DM werden 46 Mio. als Wertminderung gebucht (das entspricht einem Abschreibungssatz von 63 %, eine geradezu astronomische Höhe). Nach Schätzungen wären etwa 15 Mio. angebracht, was allerdings das rechnerische Defizit um 31 Mio. vermindern würde.

Auch bei der Wertminderungsrechnung für die in den vorhergehenden Jahren angeschafften Wirtschaftsgüter hat man kräftig zugelangt. Bei angemessener Berechnung könnten auch hier etwa 11 Mio. DM weniger veranschlagt werden, was das Defizit rechnerisch um diesen Betrag vermindern würde.

Damit wäre die KVB insgesamt schon aus den Miesen heraus.

Wenn man jetzt noch bedenkt, daß bei einer solchen Bilanzierung auch der Zinsbedarf für Kredite wesentlich geringer ausfiele als die jetzt angesetzten 12,4 Mio. DM und dann noch die etwas sonderbare Vertragsklausel ändert, die die defizitäre KVB zwingt, für die Gewinne der GEW Steueranteile von fast 3 Mio. DM zu zahlen, dann erwirtschaftet der Personenverkehr der KVB sogar Gewinne.

Es bleibt der dringende Verdacht, daß die Stadtverwaltung das Defizit der KVB hochschraubte, um über die daraus resultierende Preiserhöhung Ausgaben zu finanzieren, die gar nicht die KVB-Fahrgäste verursachen und die normalerweise aus dem Etat der Stadt bezahlt werden müßten. Die Stadtkasse aber ist ausgelastet (mit welchen Ausgaben auch immer), und eine Erhöhung der Städtischen Steuern, z.B. der Gewerbesteuer, hätte man den "armen" Unternehmern nicht zumuten können, sie würden sonst vielleicht ihre Betriebe verlegen. So hält sich die Stadtverwaltung lieber an die KVB-Benutzer, die werden schon zahlen. Vor allem, wenn sie von der deprimierenden "Bilanz" hören.

Ein typisches Beispiel "bevölkerungsnaher" Politik, deren Nähe wohl hauptsächlich darin besteht, daß die Herren ihre Hand auf unseren Taschen haben.

Wer sich genauer über den "Pfusch in der Bilanz" der KVB informieren möchte, fordert am besten das Extrablatt des "KÖLNER VOLKSBLATT" zu diesem Thema an, entweder bei uns oder direkt beim
KÖLNER VOLKSBLATT, 5 Köln 1,
Hohenzollernring 97



Günter Herterich





SPANIEN

Die Hoffnungen auf eine Liberalisierung der Verhältnisse in Spanien nach dem Tode Francos haben sich nicht erfüllt. Die kosmetischen Korrekturen, die an der Oberfläche des Systems vorgenommen wurden, haben am faschistischen Charakter des Staates nichts geändert. Das Anti-Terrorismus-Gesetz z.B., das jede ernsthafte Opposition unmöglich macht, ist weiter in Kraft. Das bedeutet, daß die wirkliche Opposition weiter im Untergrund arbeiten muß, während verschiedene Pseudo-Oppositionelle, die zum Teil noch vor wenigen Monaten in Francos Kabinett gesessen haben, in unseren Massenmedien als "liberale Demokraten" vorgeführt werden.

Um einen Eindruck von der Arbeit der anarcho-syndikalistischen Opposition zu vermitteln, drucken wir zwei Artikel aus der in Paris erscheinenden spanischen Zeitung "Frente Libertario" ab, die regelmäßig und aktuell über Streiks etc. in Spanien berichtet. (Die Zeitung F.L. werden wir in einer der nächsten Nummern der HEINZELPRESS ausführlich vorstellen.)

In der letzten Zeit werden in Spanien selbst große Anstrengungen unternommen, um die libertäre Bewegung neu zu organisieren. An verschiedenen Orten haben sich libertäre Gruppen gebildet und sind Föderationen der CNT entstanden. (Die CNT - Confederacion Nacional del Trabajo- ist der anarcho-syndikalistische Gewerkschaftsbund, dessen Gruppen sich nach dem Bürgerkrieg 1939 hauptsächlich im französischen Exil gesammelt haben. Das etwas komplizierte Verhältnis zwischen den libertären Gruppen in Spanien und der Exil-CNT in Toulouse wollen wir hier nicht näher erläutern. Es wird ebenfalls Gegenstand eines späteren Artikels sein.)

Als ein Beispiel für die Vielzahl der neu entstandenen Gruppen stellen wir die Gruppe um die Zeitung AMANECER (Aufbruch) vor. Die Redaktion der AMANECER erläutert im Editorial ihrer dritten Nummer die Entwicklung der Gruppe:

Wiederaufbau der CNT

AMENECER erschien zum erstenmal Mitte April als Organ einer winzigen Gruppe und mit einem ideologisch am Anarchosyndikalismus orientierten Inhalt: "Für den Wiederaufbau der CNT". Diese Zielrichtung teilten wir mit anderen Genossen und Gruppen im übrigen Spanien.

Von dieser Nummer an entwickelte sich die Gruppe AMENECER zur Lokalföderation von Alicante, trat mit den übrigen Lokalföderationen der Region in Verbindung, bildete die Regionalkonföderation des Landes von Valencia und machte die Zeitschrift zum Organ dieser Konföderation.

Wir betrachten es als äußerst wichtig, daß die CNT selbst in den Jahren der härtesten Unterdrückung ihre Aktivität aufrechterhält, wenn auch ihre Kämpfe wegen der häufigen Zerschlagung von Komitees durch die Polizei nicht die Kontinuität von vor der Revolution halten können...

Mit den Konflikten von 1968 trat Spanien ebenso wie das übrige Europa in eine neue Epoche ein, die den verschiedenen autonomen Gruppen in allen Regionen Anlaß zur Wiederauferstehung gab, und im Laufe der Zeit erkannten viele von diesen Gruppen die Notwendigkeit der Vereinigung der Libertären Bewegung und von diesem Moment an (1972) gingen verschiedene Gruppen dazu über, sich CNT zu nennen. Vor einem Jahr wurde erneut eine klare Tendenz zur Reorganisation der Libertären Bewegung sichtbar, insbesondere zum Wiederaufbau der CNT; ein Weg, den wir betreten haben.



Kopf der AMANECER Nr. 1, Mai 1975. Der Untertitel lautet:

Por la reconstruccion de la Confederacion Nacional del Trabajo (Für den Wiederaufbau der CNT)

Nein zur Todesstrafe!

Das Flugblatt "NEIN ZUR TODESSTRAFE" wurde anläßlich der letzten von Franco verhängten Todesurteile in der Levante verbreitet.

NO A LA PENA DE MUERTE !

Das ständig wachsende Bewußtsein innerhalb der Arbeiterklasse konnte der Staat nur mit einer erneuten Steigerung seiner ohnehin schon mächtigen repressiven Ordnung beantworten. Es ist klar, der Staat schützt die Interessen der Besitzenden, auf die Stärkung der Arbeiterklasse legt er keinen Wert.

Mit falschen Vorspiegelungen von Recht und Gerechtigkeit wünscht der Staat jetzt, daß wir an seinen "guten Willen" glauben. Wir stellen fest: Mit dem Gesetz zur Regelung von Streiks wollte er Solidaritätsstreiks, politische und revolutionäre Streiks verhindern. Mit dem Gesetz über politische Vereinigungen sollten wir in die Irre geführt werden und es sollte uns eine schlechte Karikatur von Demokratie angeboten werden, um den wahrhaft faschistischen Charakter des Systems zu vertuschen; mit den Gewerkschaftswahlen wollte man uns kaufen, man hat uns ein bißchen Gewerkschaftsfreiheit vorgegaukelt in der Hoffnung, damit die dekadente Regierung zu festigen; unter dem Vorwand einer "Flut der Gewalt" hat man uns das Anti-Terrorismus-Gesetz aufgezwungen.

Durch die vom Staat kontrollierten Propagandamedien (Rundfunk, Fernsehen, Presse) möchte man uns glauben machen, daß alle Personen oder Gruppen, die in ihrem Kampf gegen die herrschende Ordnung Gewalt anwenden, in Wirklichkeit gefährliche kriminelle Irre sind, daß sie antisozial sind und ihr einziges Ziel in der Zerstörung um der Zerstörung willen besteht.

Wir glauben nicht, daß diese Ausbrüche von Gewalt so einfach zu erklären sind; wenn jemand diesen Weg einschlägt, sei er nun falsch oder nicht, dann als Antwort auf eine sehr viel brutalere und methodische Gewalt: die Gewalt des Staates.

Was in Wirklichkeit angestrebt wird, ist nicht die Beendigung des Terrorismus, einer Randerscheinung, die den Bestand des Staates nicht gefährdet, was erledigt werden soll ist die Bewegung des Volkes für eine gerechtere und humanere Gesellschaft ohne Ausgebeutete und ohne Ausbeuter.

Der Staat, ohne jede Unterstützung im Volk, versucht durch Maßnahmen der Unterdrückung und durch Aufhebung seiner eigenen fundamentalen Gesetze zu überleben. Geblendet von seiner Macht mordet er und kerkert er ein, führt Prozesse mit vorgefertigten Urteilen durch oder, wenn eine Verurteilung oder Einkerkerung nicht möglich ist, tötet er (wie im Falle Carmona, Saralegui, Blanca etc...) oder verhängt Strafen, die in aller Regel schlimmer als eine Hinrichtung sind(das war der Fall mit den Kämpfern der Organisation für den bewaffneten Kampf -OLLA-, die zu 500 Jahren Gefängnis verurteilt worden sind.)

Genossen, gegen die Unterdrückung den revolutionären Generalstreik !

Freiheit für alle Gefangenen !

Haben wir keine Angst, kämpfen wir für das was uns gehört !

LIBERTÄRE ARBEITER



Die Existenz der im Flugblatt erwähnten O.L.L.A. wird von den Exilgruppen in Paris bestritten. Diese Gruppen behaupten, die OLLA sei eine Erfindung der spanischen Polizei und diene zur leichteren Aburteilung aller Libertären, die im Zusammenhang mit den Aktionen gegen die Hinrichtung Puig Antichs verhaftet worden waren.



UNTERGRUND-ZEITSCHRIFTEN

Die folgende Aufstellung verschiedener Untergrundzeitungen gibt einen Eindruck von der Arbeit der freiheitlichen Sozialisten in Spanien, die trotz der Unterdrückung durch das Regime eine wachsende Aktivität entwickeln.

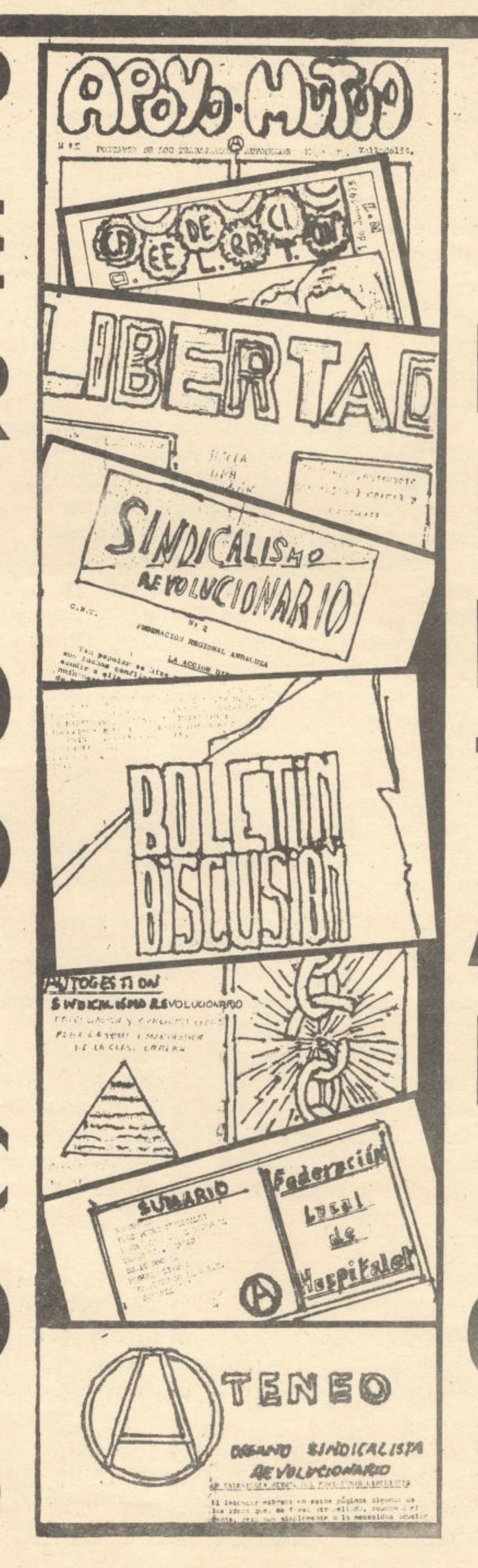






- ACCION ANARCOSINDICALISTA
  Mai 75, Nr.2, Katalonien
  24 Seiten
- O.L.T.- Organizacion Libertaria de Trabajadores
  Juni 75, Nr.1, Hospitalet
  2o Seiten
- SOLIDARIDAD
  April 75, ohne Nr., Madrid
  22 Seiten
- AMANECER
  Nr.1, Mai 75, Levante
  25 Seiten
- LIBERTAD
  April 75, Nr.3, Madrid
  1o Seiten
- BOLETIN DE DISCUSION
  Mai 75, ohne Nr., ohne Ort
  16 Seiten
- APOYO MUTUO
  Mai 75, Nr.1, Valladolid
  1o Seiten
- FEDERACION (A)
  Juni 75, Nr.3, Madrid
  ohne Angabe der Seitenzahl
- SALUD COMPANERO
  Nr.1, 1974, Zona Centro
  4o Seiten
- SINDICALISMO REVOLUCIONARIO
  Nr. 2, Frühjahr 75, Andalusien
  8 Seiten

PERIODICOS



LIBERTARIOS

STALIN & CIE...

LENIN • TROTZKI • STALIN & CIE
STAATL. INSTITUT FÜR ANGEWANDTEN DOGMATISMUS
VORMALS MARX & ENGELS GRUNDLAGENFORSCHUNG

Unter dem Titel: "Die Sowjetunion, Solschenizyn und die westliche Linke" ist im Juni 75 ein Buch von Rudi Dutschke und Manfred Wilke herausgegeben worden, (ro-ro-aktuell Nr.1875 DM 6.8o) das uns für die Diskussion innerhalb der Linken sehr wesentlich und fruchtbar erscheint. Das Buch ist eine Sammlung verschiedener Aufsätze von verschiedenen Autoren, die aus jeweils unterschiedlichen politischen Positionen Teilaspekte des Gesamtproblems "Stalinismus" untersuchen. Einige der Autoren sind "Veteranen" der Studentenbewegung, die sich dem allgemeinen Trend der Bewegung, das "Heil" im Aufbau stalinistischer Parteien zu suchen, erfolgreich widersetzt haben und nun versuchen, eine Diskussion über die Situation der westlichen Linken wie auch der sozialistischen Opposition in den Ostblockstaaten in Gang zu setzen. Die Annahme, daß beide Gruppen voneinander lernen können und gemeinsame Perspektiven haben, erscheint keineswegs unrealistisch.

Der folgende Artikel soll keine Besprechung des Buches sein, sondern ein Beitrag zum Thema, der sich kritisch mit einigen im Buch vertretenen Positionen auseinandersetzt.

SACHAROW

Die Verleihung des Friedensnobelpreises an A. Sacharow leitete den bislang letzten Akt der Tragigkomödie um Menschenrechte, Entspannung, kalten Krieg etc. ein. Nach der Abschiebung Solschenizyns, der inzwischen im Westen als Scharfmacher auftritt und damit sogar die US-Regierung in Verlegenheit gebracht hat, ist nun die Reihe an Sacharow. Sacharow ist jetzt so etwas wie die Gallionsfigur der oppositionellen Intelligenz in der Sowjetunion. Wenn seine politischen Ansichten auch teilweise von Naivität zeugen, so muß man die moralische Integrität, den Mut und die Konsequenz Sacharows doch uneingeschränkt bewundern. Eine andere Frage ist die, ob ihm das Nobelpreiskomitee mit dieser Verleihung, die ihn immerhin in eine Reihe mit dem Schreibtischmörder Kissinger stellt, einen wirklichen Gefallen tut.

SOLSCHENIZYN

Solschenizyn vertritt jetzt im Westen konservative bis reaktionäre Positionen, was die Stalinisten aller Schattierungen mit hämischer Freude registrieren und mit triumphierenden Kommentaren begleiten, waren sie doch durch die detaillierten Enthüllungen über die stalinistischen Zwangslager in einige Schwierigkeiten geraten. Diese Herren "Materialisten" vergessen dabei jedoch eine Grundregel ihres eigenen "wissenschaftlichen Sozialismus", wonach ein Mensch, wenn auch vermittelt, das Produkt seiner Lebensverhältnisse ist und weniger das, was er sich selbst wähnt. Womit wir wieder bei den stalinistischen bzw. nachstalinistischen Verhältnissen angelangt wären, die auch intelligenten Menschen nicht die geringste Freiheit einer theoretischen und praktischen Auseinandersetzung mit dem System lassen. Treibt der politische Druck die Betroffenen dann in die Irrationalität, so darf das nicht verwundern oder gar zu einer Verwechslung von Ursache und Wirkung führen. Der heutige Irrationalismus eines Solschenizyn beweist nicht, daß "die Partei schon immer recht gehabt hat", sondern daß dieses System nur Angepaßte oder Verzweifelte hervorbringt.

HAVEMANN - BIERMANN

Nicht jeder hat das Format und das politische Bewußtsein eines Robert Havemann oder Wolf Biermann. Beide sind für Zwecke der westlichen Propaganda wenig geeignet, da sie nicht so naiv oder verzweifelt sind, beide Augen vor den hiesigen Verhältnissen zu verschließen. Hinzu kommt wahrscheinlich, daß die räumliche Nähe zum Beispiel zur Bundesrepublik einen besseren

Einblick und ein kompetenteres Urteil ermöglicht und daß die Verfolgung Andersdenkender in der DDR insgesamt nicht derart barbarische Züge hatte wie in der Sowjetunion.

Wenn Biermann einer dpa-Meldung zufolge geäußert hat, im innerdeutschen Vergleich sei die DDR doch der bessere "deutsche Staat", so mag man diese Wahl zwischen "Pest" und "Cholera", sofern sie nicht sarkastisch gemeint war, als einen hilflosen Versuch werten, in die Entwicklung der DDR doch so etwas wie eine "sozialistische Perspektive" hineinzuinterpretieren, eine Tendenz, die man nicht nur bei Biermann sondern bei vielen anderen Moskau-kritischen aber dennoch "gläubigen" Marxisten findet. Der Basis-Überbau-Schematismus feiert hier neue Triumphe, da doch die Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln allein schon sozialistische Zustände verheißt. Lassen dieselben dann entgegen den "historischen Entwicklungsgesetzen" auf sich warten, so gibt es dafür zwei gängige Erklärungsmodelle, die sich inzwischen durchgesetzt haben.

„VERRAT"

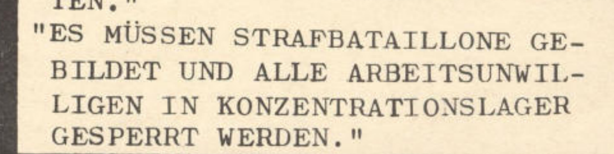
Da ist einmal die trotzkistische Masche vom "Verrat der Revolution durch Stalin", die uns angesichts der historischen Fakten völlig unhaltbar erscheint.(1)
In mehr oder minder offener Form wird dieses Schema von einigen Autoren des besprochenen Buches übernommen. Nun kann man sicher darüber diskutieren, ob es in der Sowjetunion oder der DDR nicht taktisch klug und sinnvoll ist, die stalinistische "Entartung" zum Gegenstand der -nach Möglichkeit öffentlichen- Diskussion zu machen, um überhaupt erst einmal etwas Bewegung in die Verhältnisse zu bringen. Weshalb wir aber im Westen, die wir keine taktischen Rücksichten dieser Art zu nehmen brauchen, eine derart halbherzige Position beziehen sollten, hätten wir von Rudi Dutschke und Co. gerne genauer erfahren. Wir sind nämlich der Meinung, daß es einen Bruch zwischen Lenin und Trotzky einerseits und Stalin andererseits nicht gegeben hat.

Rudi Dutschke gibt sich in seinem Beitrag die allergrößte Mühe, Unterschiede grundsätzlicher Natur zwischen Lenin und Stalin zu entdecken. Allein, die Ergebnisse bleiben dürftig und unbefriedigend. Der entscheidende Fehler Dutschkes in dieser Frage scheint uns darin zu bestehen, daß er das Problem zu "akademisch" angeht, d.h. daß er den schriftlichen Quellen, etwa den Schriften und Reden Lenins, mehr Bedeutung beimißt als dessen (und Trotzkys) realpolitischen Handlungen. Die Schriften Lenins aus dieser Zeit und erst recht die späteren Schriften Trotzkys tragen allesamt Rechtfertigungscharakter, was angesichts der historischen Situation weder verwunderlich noch verwerflich ist, was aber natürlich bedacht sein will, wenn man die Dinge analysiert. Dutschke zitiert Lenin:"Je entschlossener wir jetzt für eine rücksichtslose starke Macht, für die Diktatur einzelner Personen für bestimmte Arbeitsprozesse in bestimmten Momenten rein exekutiver Funktionen eintreten müssen, desto mannigfaltiger müssen die Formen und Methoden der Kontrolle von unten sein, um jede kleinste Möglichkeit, die Sowjetmacht zu entstellen, zu paralysieren, um das Unkraut des Bürokratismus immer weiter unermüdlich auszureißen". Das Zitat soll belegen, wie Lenin die Gefahren der "Militarisierung der Arbeit" erkannt hat. Daß Lenin aber zur gleichen Zeit die "Kontrolle von unten" in Gestalt des Kronstädter Matrosenaufstandes für freigewählte Sowjets zusammenschießen ließ, verschweigt des Sängers Höflichkeit. Zur Einführung des Taylorsystems (2) be-

> Lenin:
> "DER SOZIALISMUS IST NICHTS ANDERES ALS EIN STAATSKAPITALISTISCHES MONOPOL..."
>
> "PRODUKTION IST IMMER NÖTIG, DEMOKRATIE NICHT."
>
> "EINE DURCHMECHANISIERTE INDUSTRIE VERLANGT EINE ABSOLUTE UND STRENGE WILLENSEINHEIT... WIE KANN DIESE EINHEIT GESICHERT WERDEN? DURCH DIE UNTERORDNUNG DES WILLENS VON TAUSENDEN VON MENSCHEN UNTER DEN WILLEN EINES EINZELNEN."

merkt Dutschke, daß ein von Lenin mitgeschaffenes wissenschaftliches Gremium, das "vorläufige Büro der Kommunisten, die die Arbeit untersuchen" zu einer eindeutigen Ablehnung des Taylorismus gelangt sei. Da der Taylorismus in den Fabriken dennoch fortgeführt wurde, war dieses Gremium offenbar also ein Alibi oder ein schlechter Witz. Daß die Stachanow-Bewegung (3) der 3o-er Jahre die Arbeitsbedingungen dann weiter drastisch verschärfte, zeigt doch eigentlich nur, daß Stalin auch hier auf den von Lenin geschaffenen Grundlagen aufbauen konnte. Daß Stalin die von Lenin geschaffenen wissenschaftlichen Gremien zur Erforschung der Arbeit abschaffte, wertet Dutschke als Beweis für die "Unvereinbarkeit" von Lenin und Stalin, hatte Lenin also wenigstens noch "guten Willen" bewiesen und "Menschlichkeit" demonstriert, so bleibt Stalin beides schuldig. Die "historisch-materialistische" Analyse Dutschkes schmilzt hier auf den ärmlichen personalisierenden Rest zusammen, der aus ähnlichen trotzkistischen Verrenkungen hinreichend bekannt ist: Lenin war ein "guter" Führer mit demokratischen Ambitionen, Stalin war ein unmenschlicher Bürokrat! Wenn die Lebensbedingungen im Sozialismus von der mehr oder minder ausgeprägten "menschlichen Wärme" der jeweiligen Diktatoren abhängen soll, so ist es mit diesem System nicht weit her.

Trotzki:
"UNSERE AUFGABE IST DIE BEHERRSCHUNG DER MASSEN."
"ARBEIT, DISZIPLIN UND ORDNUNG WERDEN DIE SOZIALISTISCHE SOWJETREPUBLIK RETTEN."
"ES MÜSSEN STRAFBATAILLONE GEBILDET UND ALLE ARBEITSUNWILLIGEN IN KONZENTRATIONSLAGER GESPERRT WERDEN."



Der Unterschied zwischen Lenin und Stalin reduziert sich auf das, was Paul Mattick folgendermaßen formuliert hat: "Lenins 'demokratische' Absichten sind legendär. Natürlich war der Staatskapitalismus unter Lenin verschieden von dem unter Stalin, weil die diktatorischen Vollmachten des letzteren größer waren - dank Lenins Versuch, sich seine eigenen aufzubauen. Daß Lenins Rolle weniger terroristisch war als die Stalins, ist fragwürdig. Wie Stalin, reihte auch Lenin all seine Opfer unter die Bezeichnung 'konterrevolutionär' ein. Ohne die Statistiken über die unter beiden Regimen Gefolterten und Getöteten zu vergleichen, wollen wir zugeben, daß das bolschewistische Regime unter Lenin und Trotzky nicht stark genug war, solche stalinistischen Ausmaße anzunehmen wie Zwangskollektivierung und Arbeitslager als Grundlagen ökonomischer und politischer Staatsführung. ... Die totalitären Züge von Lenins Bolschewismus nahmen in demselben Maße zu, wie seine Kontrolle und politische Macht wuchsen." (4)

„REALPOLITIK"

In dem Aufsatz von Fritjof Meyer: "Sozialistische Opposition gegen den Staatskapitalismus in Rußland" wird die Rolle Lenins sehr viel klarer und einleuchtender geschildert. Wenn es einen Gesichtspunkt gibt, der Lenins Politik von Anfang bis Ende logisch und konsequent erscheinen läßt, so ist das sein absoluter Machtwille. Dieses und nur dieses Ziel hat Lenin immer geradlinig verfolgt. Sein "unbolschewistisches" Eintreten für die Räte 1917, die Aushöhlung und Liquidierung der Rätemacht ab 1919, die NEP (5) und andere politische Taten Lenins, die von seinen Jüngern als Beweis für seine geniale, undogmatische und flexible Anwendung der Lehren des "wissenschaftlichen Sozialismus" gefeiert wird, ist nichts anderes als die reihenweise Ausschaltung aller Rivalen und Gefahren für seine Machtposition, zuerst außerhalb und zuletzt innerhalb der bolschewistischen Partei. Auch dies hat Stalin mit der ihm eigenen Gründlichkeit fortgesetzt.

Gewerkschaftsführer Tomskij:
"UNTER DER DIKTATUR DES PROLETARIATS KÖNNEN ZWEI, DREI, VIER PARTEIEN EXISTIEREN, ABER UNTER EINER BEDINGUNG: EINE PARTEI AN DER MACHT, DIE ANDERN IM GEFÄNGNIS."

ÖKONOMISMUS

Das zweite Erklärungsschema für die'Entartung'der Revolution neben der Legende 'vom 'Verrat' könnte man als das ökonomistische Schema bezeichnen. (Selbstverständlich treten beide Schemata in vielfachen Variationen und Kombinationen auf.) Das ökonomistische Muster besagt, daß "Sozialismus" nur auf einer bestimmten Stufe der Entwicklung der Produktivkräfte möglich werden kann, daß die Etappen dieser Entwicklung durch die'fortgeschrittensten'Länder vorgezeichnet sind und 'rückständigen' Ländern keine andere Wahl bleibt, als diese Etappen mit volldampf zu durchlaufen. Diese Auffassung, die für die Länder der dritten Welt heute von erheblicher Bedeutung ist, rechtfertigt von vornherein die Diktatur der Bürokraten. Im Unterschied zur Marxschen Auffassung von der "Diktatur des Proletariats" (wie fragwürdig diese auch immer sein mag) beinhaltet die ökonomistische Auffassung eine Diktatur über das Proletariat und keineswegs nur über die gestürzte Ausbeuterklasse. Das vielbeschworene Proletariat knüpft zuweilen an Revolutionen ganz "unwissenschaftliche" Hoffnungen vom Ende der Ausbeutung und der Unterdrückung. Da derartiges nicht auf der "Tagesordnung der Geschichte" steht, müssen die "utopischen" und von "revolutionärer Ungeduld" zeugenden Hoffnungen dann zur Not mit Tschekaterror (6) begraben werden. Der Terror Stalins und der Lenins wird also entweder damit gerechtfertigt, daß beide im Einklang mit dem "objektiven" Lauf und den Notwendigkeiten der Geschichte handelten oder aber den Bolschewiki wie den anderen revolutionären Gruppen der russischen Revolution wird vorgeworfen, sie hätten eine Revolution versucht, die überhaupt nicht auf der Tagesordnung gestanden habe.

SPRÜNGE & SCHRITTE

Beide Auffassungen, die im Kern identisch sind, unterstellen ein allgemein gültiges und bekanntes Ablaufschema der Geschichte. Der Unterschied beider Auffassungen besteht darin, daß die eine Seite gewissermaßen fatalistisch einen automatischen und nicht zu beeinflussenden Ablauf der Geschichte annimmt, während die andere Seite ihr Schema als einen Rahmen betrachtet, innerhalb dessen fördernde oder hemmende Einflüsse geltend gemacht werden können. Bis heute wird in kommunistischen Kreisen lebhaft darüber diskutiert, welches Schema von Sprüngen, ruhigen Entwicklungsphasen und stürmischen Phasen das einzig gültige zu sein habe. (Ähnlich fruchtbare Fragen diskutierten schon die alten Kirchenväter. Z.B.: Wieviele Engel haben auf einer Nadelspitze Platz?) Die Auffassung vom 'unabänderlichen' Gang der Geschichte gipfelte in der Haltung einiger Rätekommunisten gegenüber dem Faschismus, der als notwendige Durchgangsetappe der bürgerlichen Gesellschaft betrachtet wurde. Motto: Widerstand ist zwecklos!
Die andere, leninistische Auffassung, wonach die Etappen zwar durchlaufen werden müssen, aber eventuell gesteuert oder abgekürzt werden können, setzte sich schließlich bei den Bolschewiki durch, als diese Lenins Programm einer Überleitung der bürgerlichen in eine proletarische Revolution unter der Führung der kommunistischen Partei annahmen.

FASCHISMUS ?

Alle späteren Scheußlichkeiten konnten mit ökonomischen und militärischen Notwendigkeiten (heutzutage 'Sachzwänge' genannt) legitimiert werden. Auch für diese Seite der Medaille hat Paul Mattick eine sehr treffende und ebenso provozierende Erklärung: "Auch noch 1940 blieb er (Trotzki) bei der Ansicht, daß der Bolschewismus 1917 in Rußland das Aufkommen des Faschismus verhindert hätte. Es sollte jedoch seit langem klar sein, daß alles, was Lenin und Trotzki in Rußland verhindert haben, der Gebrauch einer nicht-marxistischen Ideologie für die faschistische Rekonstruktion von Rußland war. Da die marxistische Ideologie des Bolschewismus nur staatskapitalistischen Zielen diente, hat sie sich auch diskreditiert. Von jedem Standpunkt, der das kapitalistische System der Ausbeutung hinter sich läßt, sind Stalinismus und Trotzkismus beide Relikte der Vergangenheit."(7)

1. INTERNATIONALE

Geht man davon aus, daß die Entartung der Revolution weder Folge eines Verrats noch Konsequenz der"objektiven historischen Bedingungen" gewesen ist, sondern Ergebnis einer zynischen und machtbesessenen "Realpolitik" ist, die sich einerseits in Programm und Agitation der marxistischen Theorie und Sprache bedient hat und andererseits eine extrem elitäre Organisationsform, die leninistische Partei,zur strategischen Grundlage hatte,so stellt sich heute für uns die Frage nach dem inneren Zusammenhang dieser beiden Faktoren. Es kann also nicht darum gehen, den Stalinismus zu kritisieren, um den Bolschewismus (oder Trotzkismus) zu retten, den Bolschewismus incl. Lenin zu kritisieren, um den Marxismus zu reinigen, sondern es muß darum gehen, den inneren Zusammenhang von Marxismus, Leninismus und Stalinismus zu untersuchen, um daraus evtl. Konsequenzen zu ziehen. Eine solche Fragestellung verweist auf die Auseinandersetzungen der 1. Internationale, die von keinem der Autoren des ro-ro-Buches erwähnt wird, obwohl diese Auseinandersetzungen für die "Stalinismus-Problematik" sehr interessant und aufschlußreich sind und obwohl verschiedene der Autoren die Geschichte der Internationale wahrscheinlich auswendig hersagen können. Die 1. Internationale zerbrach am Streit zweier Flügel, die ganz entgegengesetzte Auffassungen vom einzuschlagenden Weg zum gemeinsamen Ziel hatten. Sowohl die Unterschiede selbst als auch die Art und Weise, wie diese ausgetragen wurden, sind noch immer sehr interessant. Der von Marx und Engels geführte sozialdemokratisch-kommunistische Flügel propagierte die Organisierung der Arbeiterbewegung in politischen Parteien., um über die Erlangung der Staatsmacht das kapitalistische System zu stürzen. Die 'Diktatur des Proletariats' sollte sich zur Niederhaltung der Ausbeuterklasse des Instruments "Staat" bedienen. Demgegenüber forderte der von Bakunin geführte antiautoritäre Flügel den Kampf auf ökonomischer Ebene und die Zerstörung der Staatsgewalt. Mit den übelsten Intrigen und Verfahrenstricks wurde der antiautoritäre Flügel von den Marxisten schließlich ausgeschlossen, was zugleich das Ende der Internationale bedeutete.

„STAAT"

Hatte Marx unter dem Eindruck der Pariser Kommune seine Einstellung zum Problem "Staat" sehr weit der antiautoritären Auffassung angenähert, so rückte später Engels in der Auseinandersetzung mit den Antiautoritären völlig von dieser Auffassung ab. Engels 1883: "Aber die einzige Organisation, die das Proletariat nach seinem Siege vorfindet, ist eben der Staat. Dieser Staat mag sehr bedeutender Änderungen bedürfen, ehe er seine neuen Funktionen erfüllen kann. Aber ihn in einem solchen Augenblick zerstören, das hieße den einzigen Organismus zerstören, vermittelst dessen das siegende Proletariat seine eben eroberte Macht geltend machen kann..."(8) Der unversehrte Staat hat also offenbar im Kampf der Gesellschaftsklassen seine 'Neutralität' bewahrt und kann nun für die Ziele des Proletariats eingesetzt werden. Dagegen Bakunin:

VOLKSSTAAT?

"In einem Staat gibt es notwendigerweise Beherrschung und deshalb Sklaverei; ein Staat ohne offene oder versteckte Sklaverei ist undenkbar - und deshalb sind wir Feinde jedes Staates.

Was bedeutet das:'das Proletariat wird zur herrschenden Klasse'? Wird das Proletariat insgesamt an der Spitze der Regierung stehen? Es gibt ungefähr 4o Millionen Deutsche. Werden sie alle Mitglieder der Regierung sein? ...Diese Schwierigkeit ist in der marxistischen Theorie sehr einfach gelöst. Als eine Volksregierung bezeichnet sie die Regierung des Volkes durch eine kleine Anzahl Volksvertreter... Aber diese gewählten Vertreter werden überzeugte Sozialisten sein, wissenschaftliche Sozialisten zudem. Solche Worte wie 'wissenschaftlicher Sozialismus' werden in den Schriften und Reden der Lassalleamer und Marxisten gebraucht. Sie beweisen nur, daß dieser Möchtegern-Volksstaat nichts als die despotische Beherrschung der arbeitenden Massen durch eine neue und

kleine Aristokratie echter und falscher Wissenschaftler sein wird."(9)

"Die politische und soziale Theorie der Anti-Staatssozialisten oder Anarchisten führt sie zu einem völligen Bruch mit allen Regierungen, mit allen Spielarten einer bourgeoisen Politik. Es gibt für sie keinen anderen Weg als den der sozialen Revolution. Die entgegengesetzte Theorie der Staatskommunisten und der wissenschaftlichen Autorität führt ihre Anhänger ebenso unvermeidlich, unter dem Vorwand der politischen Taktik, in endlose Kompromisse mit den Regierungen und politischen Parteien; sie führt in die Arme der offenen Reaktion."(1o)

ROTE DIKTATUR

Erinnern wir uns, es geht um das Problem 'Stalinismus'. Eine Neuauflage des Streits:'Marx oder Bakunin'interessiert uns hier nicht. Aber die Tatsache, daß ein Flügel der Internationale ein halbes Jahrhundert vor Lenin und Stalin bereits eindringlich vor den Gefahren einer 'roten Diktatur' gewarnt hatte und die Grundlagen der kommenden Diktatur im Programm der Marxisten sehr deutlich erkannt hatte, verpflichtet uns zu einer Kenntnisnahme dieser Warnungen und zu einer ernsthaften Auseinandersetzung mit ihren Argumenten.

Die Frage, ob die Revolution 1956 verraten wurde (wie die Maoisten meinen) oder ob sie bereits in den 2oer Jahren verraten wurde (wie die Trotzkisten behaupten) ist unsinnig und lenkt vom wirklichen Problem ab. Die grundsätzlichere Frage muß lauten: Kann die parteikommunistische Strategie zu etwas anderem führen als zu einer Diktatur selbsternannter Eliten, die sich von anderen Eliten allenfalls durch größere Skrupellosigkeit und fanatischeren Glauben an ihre 'wissenschaftlichen Wahrheiten' unterscheiden? Und schließlich: Welche programmatischen und organisatorischen Konsequenzen hat die heutige Linke -in Ost und West- aus der historischen Erfahrung des Stalinismus zu ziehen?

Das Buch von Rudi Dutschke und Manfred Wilke liefert zur Klärung dieser Fragen eine ganze Menge guter Ansätze und Argumente.

ANMERKUNGEN:

(1) Stalins Politik unterscheidet sich nicht grundsätzlich von der seiner Vorgänger. Die Grundlagen seiner Politik, von der Verfolgung und Vernichtung Andersdenkender und Oppositioneller über die Brutalisierung der Arbeit bis zur Bürokratisierung der Partei und des gesamten politischen Lebens, sind von seinen Vorgängern Lenin und Trotzki geschaffen worden.
Vgl.: W.Huhn, Trotzki,der gescheiterte Stalin - Kramer Verlag Berlin
Kool, Oberländer (Hg.), Arbeiterdemokratie oder Parteidiktatur- 2 Bände- dtv
G.&D. Cohn-Bendit, Linksradikalismus; besonders Kapitel 4: Charakter u.Strategie des Bolschewismus - ro-ro-ro

(2) Der Begriff Taylorismus oder Taylorsystem bezeichnet eine extreme Form der Arbeitsorganisation (Akkord,Stücklohn etc.), die Lenin vor der Revolution heftig ablehnte und nach der Revolution einführte.

(3) Die 1935 entstandene Stachanowbewegung war eine Ausgeburt des 'sozialistischen Wettbewerbs' und warf alle bis dahin gültigen Arbeitsnormen zwecks Erfüllung des 2. Fünfjahresplans über den Haufen. Der Plan sah eine Verachtfachung der Industrieproduktion vor. In der "Sowjetunion heute", einer Zeitschrift der sowj. Botschaft, wird die St.-Bewegung in der Augustnummer erneut als leuchtendes Beispiel des soz. Wettbewerbs gefeiert. (Nr.15/16, seite 2o)

(4) Paul Mattick, Bolschewismus und Stalinismus, in: Willy Huhn, Trotzki,der gescheiterte Stalin, 1973, Kramer Verlag Berlin S.16

(5) Die NEP oder NÖP (neue ökonomische Politik) wurde 1921 von Lenin eingeführt, als die Sowjetwirtschaft vor dem völligen Zusammenbruch stand. Sie bedeutete (nach der Phase des sog. Kriegskommunismus) die Etablierung des Staatskapitalismus. Die alte kapitalistische Führungsschicht wurde zurückgeholt und den Arbeitern vor die Nase gesetzt. Die Arbeiterkontrolle wurde endgültig beseitigt.

Der "Sozialismus" war dennoch gewährleistet, da das nationalisierte Eigentum und das Außenhandelsmonopol unter der Kontrolle der Regierung blieb.

(6) Die Tscheka (später KGB bzw. GPU) war die Geheimpolizei der Bolschewiki, die teilweise vom alten zaristischen Staatsapparat übernommen worden war!

(7) Paul Mattick, siehe Anm. 4... (Seite 21)

(8) Engels an Ph.v.Platten, 18.4. 1883, zitiert nach Dreßen, Antiautoritäres Lager und Anarchismus Wagenbach, Rotbuch 7, Seite 28. Die Vorstellung von Engels, die von den Kommunisten bis heute nachgebetet wird, wird von Lenin selbst ad absurdum geführt. Der bürgerliche Staatsapparat wurde 1917 übernommen und nicht zerschlagen. Dazu Lenin: "...und das war unser Unglück. Der Staatsapp. arbeitet sehr oft gegen uns. Die Sache war die, daß uns der Staatsapp. 1917, nachdem wir die Macht ergriffen hatten, sabotierte. Wir erschraken damals sehr und baten: 'Bitte schön, kommen Sie zu uns zurück.' Und alle kamen zurück. Das war unser Unglück. Wir haben jetzt eine enorme Masse von Angestellten, aber wir haben nicht genügend gebildete (!) Kräfte, um wirklich über sie zu verfügen.... Oben haben wir ...als Maximum einige zehntausend der unsrigen, unten dagegen haben wir hunderttausende alter, vom Zaren, aber auch von der bürgerlichen Gesellschaft übernommener Beamter, die teils bewußt, teils unbewußt gegen uns arbeiten." ebenfalls zit. nach Dreßen, S.3o/31

(9) M.Bakunin, Staatlichkeit und Anarchie, ebenfalls zit. nach Dreßen, Seite 94/95.

(1o) M. Bakunin, siehe Anm.9 (Seite 95/96)

Autonome Bewegungen, Gewerkschaften, Stadtteilgruppen usw.

sollen von nun an regelmäßig in der HEINZELPRESS vorgestellt werden.

Bei den Gewerkschaften interessieren wir uns vor allem für "syndikalistisch" orientierte Gewerkschaften, d.h. solche, die basisdemokratisch organisiert sind, die nicht willenloses Anhängsel irgendeiner Staats- oder Parteibürokratie sind und die sich nicht als "Lohnmaschine", sondern als Vorkämpfer und Vorstufe einer neuen industriellen Organisation verstehen.

Solche Gewerkschaften gibt es nicht gerade im Überfluß und wo es sie gibt, haben sie keinen leichten Stand gegenüber den großen sozialdemokratischen und kommunistischen Organisationen. Ihre Mitgliederzahl ist meist gering und oft kämpfen sie ums Überleben.

Ist der Syndikalismus ein Relikt der Vergangenheit oder hat er eine Zukunft? Diese Frage soll im Mittelpunkt unserer Beschäftigung mit syndikalistischen Gewerkschaften stehen.

In der Planung und Vorbereitung haben wir Artikel über den

- niederländischen unabhängigen Gewerkschaftsverband OVB
- die schwedische syndikalistische Gewerkschaft SAC
- die spanische CNT-AIT
- die amerikanische IWW
- und die französische CFDT.

Alle, die Interesse an diesem Themenbereich haben, fordern wir auf, sich aktiv an der Diskussion zu beteiligen, Vorschläge zu machen, und Beiträge zu schreiben an:

HEINZELPRESS, 5 Köln 1,
Gereonsmühlengasse 24

PORTUGAL

In den letzten Wochen hat in Portugal eine Hetzjagd auf die Linken begonnen. Willkommener Vorwand für diesen Versuch zur Vernichtung der revolutionären Linken lieferte eine Rebellion von Fallschirmjägern, die flugs zum "Putsch" hochgespielt wurde. Nun hat der Demagoge Soares mal wieder Gelegenheit, sich als Konterrevolutionär zu profilieren. Zu lang waren ja auch die Gefängnisse frei von politischen Gegangenen. Jetzt, da einige hundert "Linksradikale" arretiert worden sind, kann die portugiesische Regierung in Ruhe die Konten einrichten, um die Millionen-Belohnung der EG und der"Sozialistischen Internationale" zu verbuchen.

Sicherlich ist es unter diesen Bedingungen nur eine Frage der Zeit, wann die Land- und Fabrikbesetzungen, die Kommune von Quebradas und die Stadtviertelräte als "illegal" deklariert werden. Vielleicht wird auch bald die libertär-sozialistische Zeitschrift "A Batalha" nicht mehr erscheinen. Gerade deswegen halten wir es für wichtig, im folgenden einige Artikel aus den letzten Nummern der anarcho-syndikalistischen Zeitung abzudrucken, die sich mit der Basisdemokratie, der MFA und der Intersindical beschäftigen. Es sind dies Bekenntnisse zu einer konsequent freiheitlich-revolutionären Entwicklung, die im Gegensatz stehen zu dem stalinistischen Putschkonzept der KP, den abstrusen Vorstellungen und Taten der Maoisten sowie dem konterrevolutionär-technokratischen Vorgehen der Sozialisten Partei und der MFA.

Der Kampf des Volkes für die Macht an der Basis

Das Wort "Anarchopopulismus", das wir mit einer gewissen Beständigkeit aus dem Munde sowohl der Sozialdemokraten als auch der Anhänger Cunhals (usw.) hören, bedeutet nichts anderes, als daß man (mit Angst) die Geburt einer Gegenmacht des Volks an der Basis anerkennt, einer Gegenmacht, die sich seit dem 25. April behauptet. Und diese Gegenmacht des Volkes verneint von vorneherein die "Gegenmacht" der Parteien, die auf die Eroberung der Macht im Staate hinausläuft, um diese zu besetzen. Ganz im Gegenteil zielt diese Gegenmacht auf die Zerstörung aller Machtformen (staatlicher, parteilicher Art usw.), da es in einem revolutionären Prozeß der Basis nicht allein darauf ankommt, die Macht im Staat zu ergreifen, sondern die Macht zu VERGESELLSCHAFTEN durch die autonomen Arbeiterorgane, und damit Staatsorgane und Parteien überflüssig zu machen.
Eine Revolution, die zur Selbstverwaltung führt, bedeutet den Aufstieg der sich heute noch im embryonalen Zustand befindenden Organe der Gegenmacht des Volkes zur völligen sowohl politischen als auch wirtschaftlichen Souveränität in der Gesellschaft. Nichts wird an Macht irgendwelchen Schiedsstellen übergeben, die außerhalb der Basiskollektive stehen, außerhalb ihrer direkten Kontrolle, unter welchem Vorwand auch immer.
Einige mögen meinen, wir würden nur Theorien einer vermeintlichen Gegenmacht im Hinblick auf die Revolution aufstellen, doch es handelt sich hier ganz im Gegenteil um nichts Neues, und auch nicht nur um Theorien. War schließlich die Commune von Paris nicht eine Gegenmacht des Volkes gegen die Macht des verängstigten Bürgertums unter Thiers, der in Versailles blieb? Die Sowjets, autonome und Basisorgane der Arbeiter, Soldaten und Bauern, waren sie nicht die Gegenmacht des Volkes, die die Oktoberrevolution machten und für einige Zeit den Staatsapparat zum Schweigen brachten bis dieser wieder durch die Bol-

schewiken aufgebaut wurde? Und waren es nicht auch die Arbeiterräte von Berlin 1919? Die Volksräte in Katalonien und die anarchosyndikalistische CNT, waren nicht beide Gegenmacht des Volkes an der Basis angesichts der Parteien, des Staates und des Faschismus? Die Vereinigungen der Bauern in China, die nicht allein Organe der Revolution sondern auch gleichzeitig mögliche Organe einer möglichen sich selbst verwaltenden Gesellschaft waren? Dies, um nur einige Beispiele zu nennen.

... STRUKTUR DER REVOLUTION

Das erste bedeutende Beispiel des autonomen Kampfes der Arbeiter nach dem 25. April ist vielleicht die Erfahrung mit der Selbstverwaltung, die 48 Arbeiterinnen zwischen 17 und 24 Jahren bei der Firma Sogantal machten, nachdem der (französiche) multinationale Konzern Lamont beschlossen hatte, seine Filiale in Portugal zu schließen, worauf die Arbeiterinnen am 24.5.1974 die Betriebsräume besetzten und begannen, das Produkt ihrer Arbeit direkt

A BATALHA

dem Volk zu verkaufen. Fast immer aus Aktionen gegen wirtschaftliche Sabotage, Machenschaften wie Kündigungen usw. folgten die Erfahrungen mit der Selbstverwaltung in allen Bereichen. Die Kommissionen der Arbeiter und Stadtteilbewohner traten bald in den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kampf ein. Als sich die Aufmerksamkeit aller auf sie lenkte, bildeten sie ein großes Netz von revolutionären Basisorganisationen. Die ersten Beispiele von Versammlungen des Volkes, auch noch in letzter Zeit, wurden bald von Militärs bevormundet, die auf Grund ihrer Position und ihrer besseren Ausdrucksmöglichkeiten versuchten, die Statuten der Basisorganisationen zu verändern.
Die Dynamik dieser Basisorgane ist nicht allein zu spüren in den Prozessen der Nationalisierungen, die von unzähligen Arbeiterkommissionen gefordert und erzwungen wurden in ihren Kämpfen gegen die Unternehmer oder im Anfangsstadium der Agrarreform, die mit "wilden Landbesetzungen" durch die Arbeiter der Provinz Alementejo begann. Die eigentliche Bedeutung dieser Kämpfe liegt in der eigenen Umsetzung eines Staatsstreiches in einen revolutionären Prozeß.

Doch die Begriffe der "Volksmacht" haben nicht die gleiche Bedeutung im ganzen Land. Wenn in den Städten und größeren Dörfern die Selbstorganisation der Arbeiter in manchen Bereichen bedeutend ist so wie in der Provinz Alementejo und in einigen Gebieten der Provinz Algarve, so existieren doch im Zentrum und im Norden Portugals Feinde einer Selbstorganisation der Kleinbauern in Dorfräten und anderen Volksorganen, was dazu führt, daß der Norden vom Süden getrennt wird. Die Gründe sind zahlreich und bekannt.

Das Fehlen einer zusammenhängenden Strategie an der Basis für eine Revolution hier und jetzt und der massive Einfluß der Parteien zur Kontrolle oder Abschaffung dieser Volksosrgane, führten zu den vielen Frustrationen in den einzigen fähigen Organisationen, die eine Revolution verwirklichen könnten. Die beiden hauptsächlichem Parteiblöcke haben es geschickt verstanden, die Aktionen und die Dynamik dieser Organisationen der Basis nicht allein zu täuschen sondern auch zu kastrieren.

Die Konsolidierung und Artikulationsmöglichkeit der Basisorganisationen in einer lokalen Gegenmacht und ihre Verbindung mit anderen Organisationen anderer Orte ist grundlegend für jede Revolution, denn nur aufgrund dieser Volksmacht-Strukturen kann man den Sturz der Zentralmacht in Angriff nehmen, die Liquiddation des Staates durch die Basisorganisationen der Arbeiter unter ihrer ständigen und direkten Kontrolle.
Denn ohne diese Strukturen der Basis und ihre Konsolidierung im täglichen Kampf auf Grund eines eigenen Planes, ist es unvermeidlich, daß die Arbeiter zu Werkzeugen der Parteien werden.
Wenn wir die Geschehnisse analysieren, die Korrektur der Kräfte (oder Machtgruppen) nach der politischen Öffnung des 25. Aprils, und die Kämpfe zur Eroberung der politischen Entscheidungszentralen, so können wir von zwei Parteiblöcken sprechen, die diese Kämpfe geleitet haben, jene, die heute offen innerhalb der Streitkräfte ausgetragen werden. In Wirklichkeit betreiben sowohl der sozialdemokratische als auch der Block der staatskapitalistischen Parteigänger die Konterrevolution.
Diese Gefahr zeigt sich um so mehr als es ihnen gelungen ist, große Volksmassen zu ihren Werkzeugen zu machen, und zwar

um sie als Druckmittel und Stoßtruppe für ihre dirigistischen Absichten zu gebrauchen. Alle diese Anstrengen sind zentralisiert, damit die Führung der Arbeiterkämpfe in den Händen der Partei bleibt und die "Revolution" sich auf der Ebene der Parteispitzen ab - spielt...Es ist augenscheinlich, daß sich diese Praxis innerhalb der revolutionären Bewegung widerspiegelt, und so übernimmt eine große Anzahl der vereint durchgeführten Demonstrationen der Basisorganisationen die Ordnungsparolen der Parteispitzen: Volksre - gierung, Unterstützung dieser oder jener Regierung, dieser oder jener Person usw. In den Gewerkschaften füllen diese Parteistreitigkeiten völlig das Gewerkschaftsleben aus. Die Basisorganisationen der Arbeiter, die auf diese Art und Weise zu Werkzeugen der parteilichen Zänkereien gemacht werden sollen, tragen zur Gleichgültigkeit der Arbeiter bei, die diese verspüren angesichts der Parteikämpfe. Auch wenn wir dies be - merken müssen, so gewinnt doch die Bewegung an Bedeutung, weil die Agenten der Sozialdemokraten diese Organisa - tionen mit dem Wort "ANARCHOPOPULISMUS" etikettieren, da sie diese nicht zu kontrollieren vermögen. Zugleich gibt aber die KP, nachdem sie diese Organisationen verleumdet hat, jetzt an ihre Anhänger die Parole aus, sich in diese einzuschmuggeln. BEIDE FÜRCHTEN DIE REVOLUTION!

DAS COPCON - DOKUMENT

Mit der Absicht eine wirkliche Position im Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaft zu beziehen, zeigte sich jetzt offen innerhalb der Bewegung der Streitkräfte eine Gruppe von Militärs, die weder die Pfote der Sozialdemokraten noch die der Anhänger des Staatskapitalismus ergriffen hat, sondern sich für den sogenannten ANARCHOPOPULISMUS entschieden hat. In dieser Gruppe entstand das Copcon-Dokument. Was schlägt nun dieses dem Wortlaut zufolge vor? Nichts als die unbeirrbare Ersetzung der (sich in einer Krise befindenden) Staatsmacht durch die Basisorgane der Arbeiter, was durch die Natur der Sache eine Abschaffung der Streitkräfte und der Bewegung der Streitkräfte als "militärischer Motor irgendeiner Revolution" bedeuten würde. In diesem Dokument werden die autonomen Kämpfe der Arbeiter, der Gegen-Macht des Volks, klar anerkannt und unterstützt. Die Bedeutung dieses Dokumentes, wenn wir einmal von den Versuchen der Rechten absehen, Forderungen dieses Dokumentes zu den ihren zu machen, liegt in seiner Perspektive der Selbstverwaltung und der Aufhebung der Gegensätze: Direkte Demokratie, Ende des Staates, des Parlamentarismus, der Unterordnung unter die Führung der Imperialisten und Sozialimperialisten usw.

Intersindical

Das schimpfliche **Gewerkschaftsgesetz**, das die Intersindical (Einheitsgewerkschaft) und die KP der Regierung entrissen haben, verdient unsere strenge Kritik, die, wie viele meinen, von unserer oppositionellen Seite systematisch zu erfolgen hat. Es liegt auf der Hand, daß dieses Gesetz verlangt, daß die Gewerkschaftsbewegung der Arbeiter an den Triumphwagen der "Inter" und ihrer Herren gehängt wird; dennoch wollen wir im Folgenden zeigen, wie dieser gewerkschaftliche Kolonialismus sich darstellt, wie schwach das System ist, wenn die Arbeiter reflektieren und reagieren.

Die Gewerkschaften mußten gezwungenermaßen in einem neuen Gebilde aufgehen, in dem sie genauso deformiert sind wie sie es im korporativen Staat waren (Faschismus). Denn schließlich behält das Statut, das die Intersindical den Gewerkschaften vorgelegt hatte, die gewerkschaftliche Deformation des Zentralismus bei, ebenso die absolute Unterwerfung der Gewerkschaften unter ein Ministerium der Arbeit, schon sarkastisch Ministerium der Korporation genannt, und die Intersindical setzt sich an die Stelle der I.N.T.P. (Faschistische Gewerkschaft).

So beginnt in der Beurteilung der Gewerkschaftsstatuten eine Bewegung zu wachsen gegen den gewerkschaftlichen Kolonialismus, und die Gegenmodelle gewinnen an Boden. Die Gewerkschaftswahlen zeigen dies sehr deutlich.

Die Resultate und die Kämpfe, die stattfanden, zeigen deutlich die Zurückweisung der Methoden, die die Intersindical und ihre Freunde anwenden.

Rasch wird ein Kongress der Intersindical auf die Beine gestellt, bevor noch andere Gewerkschaftswahlen die Verhältnisse der Spitzenleute von Inter verändern können.

Die Geschäftsführung der Gewerkschaften reagiert törichterweise mit Zensur. Überrascht von einer Niederlage, die sie nicht von einem Kolonialismus erwartet hatte, der noch nie entthront wurde, steht sie fassungslos vor den Vorgängen. Sie erfindet Vorwände, um die Übernahme der Mandate durchzuführen; da sie diese Mandate als auf Lebenszeit vergeben ansieht, vergräbt sie sich in ihren Zentralen und verlangt vom Copcon, daß er sie verteidigt. Warum? Wen verteidigt sie? Sie sagt, daß es Faschisten sind, die sie angreifen. Wenn die Arbeiter, die das Hundehalsband Cunhals zurückweisen, Faschisten sind, dann ist es klar, daß es nicht Arbeiter sind, oder nur wenige, die sie verteidigt.

In den Gewerkschaften der Apotheker, Ingenieure, Techniker, Bankangestellten und Schriftsteller, hier in Lissabon, sind die Niederlagen des gewerkschaftlichen Kolonialismus niederschmetternd. In anderen Gewerkschaften reicht man Oppositionslisten um.Dadurch ist die Intersindical nicht mehr ermächtigt als Organismus für die gewerkschaftliche Koordination zu handeln. Damit ist sie zusammen mit ihren Anführern, ihren Judassen und Canais Rocha, kaum mehr als eine Vereinigung zur Spendung des Beifalls für die Vascos, eine Vereinigung für die Macht der politischen Unordnung, mit jenen falschen Gewerkschaftszentralen, die einfältig einen Typ von Regierung unterstützen, der im Grunde immer eine Diktatur darstellt.

Aber diese gewerkschaftliche Gegenbewegung kann nicht auf die Ersetzung der KP durch andere Parteien begrenzt werden. Die Gewerkschaftsbewegung muß zu einer wahren Bewegung gegen die Parteien werden und sie muß ihre Autonomie erlangen, um der Ausdruck der Arbeiter zu sein und nicht jener Gewerkschaftsfunktionäre, die eine NEUE KLASSE bilden.

STREIKRECHT beschnitten

Die Arbeiter der Nationalen Schifffahrtsgesellschaft (Compania Nacional de Navegação) haben den Streik ausgerufen als Mittel der Verteidigung ihrer Rechte, nicht zuletzt auch für die Aufhebung des unmenschlichen und schändlichen Seestrafgesetzbuches. Sie haben damit von einem Recht Gebrauch gemacht, das von Arbeitern erobert wurde.
In der Presse vom 9. Oktober veröffentlichte das Ministerium für Transport und Verkehr eine offizielle Note, in der es diese Lähmung des Seeverkehrs betrachtet als "einen wilden Streik, im hohen Maße schädlich im Interesse unserer Handelsmarine und sogar als ein Attentat auf die nationale Unabhängigkeit in diesem Bereich". Und an einer anderen Stelle bekräftigt das Ministerium, daß der Streik "in keiner Weise von dem Bund der Gewerkschaften der Seeleute (Federação dos Sindicatos do Pessoal do Mar) unterstützt wird, der legitimen Vertreterin jener Arbeiter auf nationaler Ebene".
Man muß aus dieser Gegebenheit richtige Schlüsse ziehen. Daß die Regierung, die noch immer behauptet, das Volk "in den Sozialismus" zu führen, wie alle Regierungen und kapitalistischen Potentaten einen Streik als wild ansieht, rief das Interesse der gesamten ausgebeuteten Arbeiterschaft auf den Plan. Das sollte uns nicht befremden, aber es muß klar gestellt werden, daß diese Note des Ministeriums, die den Arbeitern die Waffe des Streiks strittig macht, indem sie ihn als zutiefst wild betrachtet, diese Note ihre Grundlage hat in einem Gesetz, das verteidigt und in Kraft gesetzt wurde mit der Komplizenschaft und dem Beifall der KP und der Intersindical (Einheitsgewerkschaft).
Das Ministerium rechtfertigt seine Verurteilung damit, daß die Federação (Gewerkschaftsbund),"die die rechtmäßige Vertreterin jener Arbeiter ist", den Streik nicht genehmigt hätte. Auch diese Einzelheit sollte man näher untersuchen.
Das Streikgesetz, nach Ansichten der KP und der Intersindical gemacht, ist noch reaktionärer als das Gesetz von 1910, das die Interessen der Bourgeoisie und der Großgrundbesitzer schützte, gesteht den gewerkschaftlichen Organismen kaum das Recht zu, den Streik auszurufen; und in einem andern, ebenfalls ganz nach den Ansichten der KP und der Intersindical angefertigten Gesetz, steht, daß der Gewerkschaftsbund (Sindical) die Einzelgewerkschaften einem System unterwirft, das

man vergleichen kann mit dem korporativen und reformistischen System der "prosozialistischen" Regierungspolitik und das vertreten wird durch das Arbeitsministerium. Indem den höheren gewerkschaftlichen Organismen kaum das Streikrecht gewährt wird, die Intersindical politisiert und als Einheitsgewerkschaft anerkannt wird, schließt sich der Kreis eines unterwürfigen Syndikalismus reformistischer Natur, der der politischen Partei zugesteht, daß diese wieder Ruhe in die Ministerien zurückkehren läßt und daß die Partei eine bedeutende politische Macht darstellt bei der Einrichtung der Gewerkschaft in diesem Staat. Wie es in den Ländern mit konservativen, sozialdemokratischen oder "volksdemokratischen" Regierungen üblich ist, so wird der Streik als heilige Hostie betrachtet, die in den Reliquienschreinen der großen reformistischen und politisierten Gewerkschaftsorganisationen aufbewahrt wird und nur unter außerordentlichen Umständen hervorgeholt wird. Aber wenn die Arbeiter die gewerkschaftliche Bürokratie nicht besiegen und ihre Einförmigkeit aufbrechen, so werden weiter spontane Streiks auftreten. Dann exkommunizieren die korporativen, sozialdemokratischen oder "volksdemokratischen" Gesetze dies als "wilde Streiks".

Wo ist die gewerkschaftliche Freiheit und das Recht der Arbeiter auf Streik, die uns durch die Ereignisse des 25. April gewährt wurden, und die sich die Arbeiterparteien auf ihre Fahnen geschrieben haben.
Darüber hinaus ist aufschlußreich, daß das Streikrecht immer von den Arbeitern selbst erobert wurde und in vielen Fällen auch gesetzlich verankert als Recht der Arbeiter, das zu den Rechten der menschlichen Person und des Individuums gehört. Indem das Streikrecht einer von außen gelenkten Institution gewährt wird, einer Institution, die sich darüber hinaus noch Gewerkschaft nennt wird das Recht eingeengt sowie manipulierbar und kontrollierbar durch die Politiker gemacht.
Auf diese Art und Weise hängen die Rechte des Individuums allgemein von der Rechtsordnung des Staates ab, der diese formuliert und diese parteilich gewährt, wenn ein Individuum sich von seinem Regiment, seiner Gewerkschaft und am meisten von seiner politischen Partei entfremdet hat. In diesem Staat werden die elementaren Ansichten des Sozialismus schon bald umgedeutelt sein zu Überbauphänomen der bürgerlichen Gesellschaft.
Nach dem 25. April sagte im Rahmen einer Diskussion im Fernsehen ein Bürokrat der Intersindical:"Wir betrachten Streiks als eine alte Angewohnheit, die aber jetzt nur noch von einem Opportunismus der Linken zeugt" und ein Vertreter der KP klassifizierte Streiks ab als "Machenschaften der Reaktion, als Opportunismus der Rechten."

GEWERKSCHAFTSWAHLEN DER METALLARBEITER

Wahlbeteiligung unter 10%

Die Liste A, die die gegenwärtige politische Orientierung der Gewerkschaft (Intersindical - KP) vertritt, gewann mit 68,4%, aber die Prozentzahl der beteiligten gewerkschaftlich Organisierten lag etwas unter 10 %. So kann sich die Leitung als von mehr oder weniger 7 % der gewerkschaftlich Organisierten unterstützt betrachten.

Spendenaufruf !

DEUTSCH - PORTUGISISCHER ARBEITSKREIS, Ffm.

Im Dorf Quebradas, 70 km nördlich von Lissabon, besetzten die Bauern nach dem 25. April auf eigene Faust -- ohne Hilfe oder Führung durch eine Partei-- die großen Ländereien,. die bis dahin einem reichen Immobilienhändler in Lissabon gehört hatten und gründeten, anstatt das Land in kleinen Parzellen unter sich aufzuteilen, eine Landwirtschaftskooperative, die Wein, Mais, Weizen, Hafen und Roggen anbaut.

Zuvor war das Land hauptsächlich zum Anbau von Eukalyptusbäumen benutzt worden, die dem Immobilienmakler viel Profit, dem Land (Portugal muß die Hälfte seiner Lebensmittel importieren) aber kein Brot brachte. 16 Jahre lang hatten die Bauern sich vergeblich bemüht, wenigstens ein Stück Land in Pacht zu erhalten. Stattdessen mußten sie als Tagelöhner arbeiten, die Kinder als Dienstboten nach Lissabon oder in die Fabriken des Auslands schicken.

Die erste Saison wurde erfolgreich beendet. In der kommenden Saison aber wollen die Bauern der Kooperative von Quebradas die Anbaufläche erweitern. Dazu brauchen sie Maschinen, Ersatzteile, Dieselöl, Saatgut usw. Alles das kostet weit mehr Geld als die Kooperative hat.

Dazu kommt, wie uns Henriques Vilelo, Sprecher der Kooperative sagte, daß "die Gruppe Melo Antunes unsere Position schwächt". In der Tat steht zu fürchten, daß die Basisinitiativen wie in Quebradas, die parteienunkontrolliert arbeiten zugunsten der zentralisierten Staatsmacht, wie sie jetzt rasch von der sechsten Regierung aufgebaut werden soll, zurückgedrängt, bzw. durch administrativen Boykott (Verweigerung von Krediten usw.) entmutigt werden.

Fortsetzung Seite 24





WILL MAN 'ANARCHISTEN' ALS SÜNDENBÖCKE ?

Den folgenden Artikel entnehmen wir der politisch-kulturellen Wochenausgabe der National-Zeitung-Basel. Der Autor, Harry Pross, ist Professor für Publizistik und Kommunikationsforschung an der FU Berlin.

GEGEN FAHRLÄSSIGE BEGRIFFSVERWIRRUNG UND POLITISCHE MANIPULATION

FÄLLIGE KLARSTELLUNGEN VON HARRY PROSS

"Haltet euch an Worte! Dann geht Ihr durch die sichere Pforte zum Tempel der Gewißheit ein." Wer sich an diesen Ratschlag des Dichters hält, kommt in unseren Tagen nicht weit. Der "Tempel der Gewißheit" ist fern, und die "sichere Pforte" der Worte steht zwar weit offen, aber sie führt nicht dahin, wo der Dichter verspricht. Mehrdeutigkeit und Verschwommenheit kennzeichnen die Sprachen der Publizistik und der Politik, und je allgemeiner die Aussagen werden, desto geringer wird ihre Verbindlichkeit.

Der Zustand ist durch die politischen Mordanschläge der letzten Wochen nicht gebessert worden. Sie haben Unsicherheit und Verwirrung hervorgerufen, und es käme jetzt darauf an, daß die Aussagen von Politik und Publizistik nicht über die erkennbaren Sachverhalte hinausgingen, um das Minimum an Gewißheit zu vermitteln, das in aktuellen Ereignissen vermittelt werden kann, die noch nicht abgeschlossen sind.

Das Gegenteil geschieht. Weder in amtlichen Verlautbarungen noch in der Berichterstattung stimmen auch nur die grundlegenden Begriffe. So muß die Verwirrung wachsen und das Vertrauen schwinden. Schwindet das Vertrauen in die Worte, so ist der Staat in Gefahr, weil nur durch Worte zu begründen ist: Er steht und fällt mit der Überzeugung, daß die Worte, die zu seiner Rechtfertigung gebraucht werden, nicht leeres Geklingel sind, sondern bedeuten, was sie zu bedeuten vorgeben. Kann dieses Vertrauen in das öffentliche Wort nicht gehalten werden, so zerfällt der Handlungszusammenhang, den es bezeichnet.

HOLGER MEINS

Am 9. November 1974 starb der Untersuchungshäftling Holger Meins nach fast zweimonatigem Hungerstreik. Er gehörte zu einer terroristischen Organisation, die sich "Rote Armee Fraktion" nennt. Die Ziele dieser Organisation sind durch eigene Verlautbarungen seit 197o bekannt. Sie stützt sich in ihrer Strategie und Taktik auf"Mao Tse Tungs Theorie des Guerilla-Krieges", die seit Juni 1966 als rororo-Taschenbuch jedermann zugänglich ist. Man kann dort in einem einleitenden Essay von Sebastian Haffner auch nachlesen, warum diese Art Krieg, "bei der die Ersten die Letzten und die Letzten die Ersten sind", auf Deutschland oder Europa nicht anwendbar ist. Die frühere Journalistin Ulrike Meinhof und der Kaufhausbrandstifter Andreas Baader und andere versuchen, den Gegenbeweis zu führen und die maosche Totalguerilla in Deutschland durchzusetzen. Daraus ergeben sich die Aktivitäten der sogenannten Baader-Meinhof-Gruppe, die sich selber "Rote Armee Fraktion" nennt, in kommunistischer Tradition.

Da man gewöhnlich auch in der politischen Sprache die Organisation so benennt, wie sie selber firmieren, wäre zu erwarten, daß Behörden und Medien von der "Roten Armee Franktion" berichten und nach dem jeweiligen Stand der Ermittlungen hinzufügen, daß diese "Rote Armee Fraktion" aus sechs oder sechzehn oder 6o Personen besteht, je nachdem. Stattdessen streitet man sich darüber, ob es Baader-Meinhof-Gruppe oder -Bande heißen müsse. Die "Rote Armee Fraktion" wird unterschlagen und durch "Anarchisten" ersetzt oder mit "Anarchisten" gleichgesetzt.

So berichtet DPA (die Deutsche Presse-Agentur) von der Beerdigung von Holger Meins am 18. November: "...ist am Montag in Hamburg der am 9. November nach fast zweimonatigem Hungerstreik gestorbene 33jährige

Anarchist Holger Meins beigesetzt worden. Zur Beerdigung von Meins, der zum 'harten Kern' der Baader-Meinhof-Gruppe gerechnet wurde, waren annähernd 1000 zumeist Angehörige extrem linker politischer Organisationen erschienen ..." usw.

KEIN "ANARCHIST"

Der zum "harten Kern" der maoistischen "Roten Armee Fraktion" gehörige Meins wird also als "Anarchist" begraben, der er nicht war. Den Berichterstatter stört das nicht, und es fällt ihm die Unhaltbarkeit der Bezeichnung "Anarchist" auch nicht auf, wenn er weiter meldet: "Anschließend postierten sich Mitglieder der links-radikalen KPD/ML vor dem offenen Grab und entfalteten eine rote Fahne mit einem aus Hammer, Sichel und Gewehr bestehenden Emblem."

"Der Spiegel" (18.11.) brachte es fertig, eine Titelgeschichte zum Tode von Meins, "Es werden Typen dabei kaputt gehen", mit der Unterzeile zu beginnen: "Selbst im Hunger-Koma machen Anarchisten dem Rechtsstaat noch zu schaffen", und zwei Seiten später einen "letzten Brief" des Verstorbenen abzudrucken, der mit den Sätzen schließt: "Revolutionär, im Kampf - bei aller Liebe zum Leben: den Tod verachtend. Das ist für mich: dem Volk dienen - RAF."

"Dem Volk dienen" ist, wie auch die Redaktion des "Spiegel" wissen könnte, letztlich eine kommunistische Parole, keine anarchistische. Warum verschweigt das Millionenblatt, daß die RAF-Genossen Kommunisten sind? Rote Fahnen, nicht die schwarzen der Anarchie.

Einen Tag nach dem Hungertod des Untersuchungshäftlings Holger Meins mordeten Unbekannte den Präsidenten des Berliner Kammergerichts, Günter von Drenkmann, in seiner Wohnung. Die politischen Gruppen und Parteien verurteilen den Anschlag in seltener Einmütigkeit. Der Berliner Justizsenator, Korber, erklärte den Mord für den Beginn einer großen Terrorwelle, die auf uns zukomme. Heinrich Böll und andere befürchteten, der Mord an Drenkmann könne zum Anlaß genommen werden, freiheitliche Rechte einzuschränken. Tatsächlich ist nicht auszuschließen, daß er zum Menetekel wird, wie weiland die Ermordung des liberalen Schriftstellers Kotzebue durch den nationalistischen Studenten Sand.

Der marxistische Theoretiker Rudi Dutschke gab den Ton für die weitere öffentliche Darstellung des Falles, als er seine Gesinnungsfreunde aufforderte, keine falsche Solidarität mit Anarchisten zu pflegen. Da er am Grabe von Holger Meins auftrat und gesagt haben soll: "Holger, der Kampf geht weiter", kann er diesen angeblichen Anarchisten nicht gemeint haben. Wohl aber ist Das Interesse marxistischer Gruppen offensichtlich, eine in der öffentlichen Meinung abscheuliche Tat einer anderen Richtung zuzuschreiben, von der sie seit der Auseinandersetzung von Marx mit Proudhon und Bakunin nichts halten - den Anarchisten.

Hätte Dutschke fair argumentiert, hätte er seine marxistischen Freunde vor falscher Solidarität mit Gewalttätern und Terroristen warnen müssen; aber das eben erlaubt eine Ideologie nicht, die zwar den indivivuellen Terror verurteilt, den jeder auf sein eigenes Gewissen nehmen muß, aber nicht den Klassenterror, der durch die historische Auserwähltheit der Täter mit dem richtigen Parteibuch gedeckt ist.

FAHRLÄSSIGKEIT....

Die Presse der Bundesrepublik nahm von solchen Nuancen keine Kenntnis. In der "Frankfurter Allgemeinen" schrieb Sabina Lietzmann gegen die rhetorischen Parallelen, die arabische UNO-Politiker zwischen Zionismus, Nazismus und südafrikanischem Rassismus zogen, aber die "Rote Armee Fraktion" blieb auch für diese Zeitung weiterhin eine "Anarchisten-Gruppe". In der "Süddeutschen Zeitung" erfand kein Geringerer als Müller-Meiningen jr. "Anarchisten-Anwälte". Der evangelische Bischof von Berlin wurde von einem christlichen Blatt als "Anarchisten-Bischof" denunziert, und die Leitung der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands wollte eine Stellungnahme zu den angeblichen Verstrickungen kirchlicher Mitarbeiter "in anarchistische Aktivitäten."
Schlagzeilen wie "Großrazzia nach Anarchisten", "Mit härteren Gesetzen gegen Anarchisten", "Anarchisten-Pläne sehen langen Guerilla-Krieg vor" leiteten in der folgenden Woche Berichte über Reaktionen und Ermittlungen in Sachen "Rote Armee Fraktion" ein. In einem Bericht der "Süddeutschen Zeitung" vom 29. November wurde bei der Razzia gegen "Baader-Meinhof-Anarchisten" ein Mann verhaftet, der ein Funkgerät hatte, mit dem eventuell "deutsche Anarchisten Kontakte mit Terroristen in Grenzländern aufgenommen" haben könnten. Fünfmal schreibt der Verfasser Anarchisten, ehe er uns in einer Schlußzeile wissen läßt, daß bei dem Beschuldigten Habseligkeiten eines polizeilich gesuchten KPD/ML-Mitgliedes gefunden wurden.

Ist das noch Fahrlässigkeit oder schon politische Manipulation? Die Exekutive wird nun öffentlich tätig. Das Bundeskabinett verabschiedete am 27. November eine Reihe von Änderungsentwürfen zum Strafrecht und zur Straf-

prozeßordnung. Von Bundeskriminalamt, Bundesinnenminister und der rheinlandpfälzischen Regierung kommen Dokumente an die Öffentlichkeit, die über die Häftlinge der "Roten Armee Fraktion", deren Pläne und Kommunikationen Aufschluß geben. Ihnen ist zu entnehmen, daß die maosche Totalguerilla konsequent geplant wird und Gestalt anzunehmen beginnt: Mit stetem langfristigem Guerilla-Krieg soll die "Diktatur des Proletariats" erreicht und eine sozialistische Gesellschaft aufgebaut werden.

...ODER ABSICHT?

Wer aber glaubte, sich an die Worte der amtlichen Veröffentlichungen halten zu können, stellt fest, daß die Dokumentation über die Aktivitäten "anarchistischer Gewalttäter" aufklären will. Bei einer amtlichen Veröffentlichung im Momemt einer Gefahr für das Leben noch unbekannter Opfer sollte Fahrlässigkeit ausgeschlossen sein. Man muß also annehmen, daß mit Absicht die Kommunisten der "Roten Armee Fraktion" als "anarchistische Gewalttäter" publiziert werden.
Fragt die Presse nach diesem Widerspruch? Fragt sie, was dahinter steckt? Mitnichten. Sie übernimmt den amtlichen Sprachgebrauch, obschon es in der menschenrechtlich orientierten Demokratie nicht Sache der Justiz und der Polizeiminister ist, Ismen irgendwelcher Art zu verfolgen, weder Anarchismus noch Kommunismus noch Kapitalismus. Die Gesetze kennen keine verbotenen Ismen, und auch der Anarchismus ist hierzulande im Gegensatz zur DDR und anderen kommunistischen Staaten nicht verboten. Wenn nun der Bundesminister für das Innere das Denken und Handeln von Gewalttätern dokumentiert, kann er das, weil sie Gewalttäter sind und Gewaltsames vorbereiten. Das Recht zur Verfolgung folgt aus der Gesetzwidrigkeit der Handlungen, nicht aus den Ismen. Man kann auch einen Menschen, der Tausende von Sparern um ihr Geld bringt, nicht deshalb belangen, weil er ein "kapitalistischer" Betrüger ist, sondern weil und wenn er betrügt.

ANARCHISTENHATZ

Die Bezeichnung "anarchistischer" Gewalttäter ist völlig überflüssig, wenn der Gewalttäter einer ist. Wenn der Bundesinnenminister in seiner Bezeichnung die kommunistische Planung der Häftlinge verwischt und sie für anarchistisch ausgibt, so muß er sich die Frage gefallen lassen, ob bei dieser Augenwischerei vielleicht der Kollege vom Außenministerium eine Rolle spielt, der um die guten Beziehungen zu kommunistischen Staaten besorgt sein könnte, wenn überall in den Schlagzeilen zur "Roten Armee Fraktion" nun "Kommunisten" statt "Anarchisten" erschiene? Aber die deutsche Publizistik stellt diese Frage nicht, und die Politiker von links bis rechts reisen gerne nach Moskau und Peking, wie es die "große Lage" befahl.
Ist also politische Manipulation im Zeichen der "Unheiligen Allianz" der Weltmächte die Ursache der Anarchistenhatz, nicht Fahrlässigkeit? Die politischen Kommunikationssysteme sind zu gut abgeschirmt, als daß jemand exakt feststellen könnte, woe die Absicht beginnt und die Ignoranz ihr entgegenkommt.
Beides aber, Manipulation und Ignoranz, Absicht und Fahrlässigkeit, führt einer Psychose zu, die zur gewaltsamen Entladung drängt. Wird mit den vorgeblich verbrecherischen Anarchisten erst einmal eine Gruppe geschaffen, die in Ost und West als Sündenbock dient, so ist niemand mehr sicher, ihr nicht zugerechnet zu werden, am wenigsten das in der deutschen Geschichte rare liberale und libertäre Element. Werden erst einmal Kommunisten, die kriminell geworden sind, als "Anarchisten" verfolgt, so ist der nächste Schritt, daß Anarchisten, die nicht kriminell geworden sind, verfolgt werden, weil sie der Anarchie anhängen, die Immanuel Kant als "Gesetz und Freiheit ohne Gewalt" definiert hat.

EIN RAT DES TEUFELS

Der deutsche Presserat verlangt in seinem Kodex Genauigkeit der Berichterstattung. Es ist mir nicht bekannt geworden, daß er sich mit den Pressestimmen zur "Roten Armee Fraktion" befaßt hätte. Er täte gut daran. Die Pressefreiheit ist nicht nur durch wirtschaftliche Konzentration gefährdet, sondern auch durch die Unfähigkeit von Journalisten, sorgsam mit dem Wort umzugehen.

"Haltet Euch an Worte! Dann geht Ihr durch die sichere Pforte zum Tempel der Gewißheit ein." Der Dichter legt den Ratschlag nicht umsonst dem Teufel in den Mund.

Fortsetzung von Seite 20

Dabei hat die Kooperative von Quebradas, in der alle Entscheidungen von der Vollversammlung gefällt werden, eine starke Ausstrahlung auf die Nachbargemeinden, in denen danach ebenfalls Kooperativen gegründet wurden. Die Voraussetzungen für eine Weiterentwicklung sind günstig, denn "die Leute hier glauben an Gott, aber nicht an den Priester", wie Henriques sagt. Der Einfluß der Kirche ist daher gering, ebenso wie die Parteienstreitigkeiten bisher das Funktionieren der Kooperative und ihres demokratischen Aufbaus nicht berührt haben. "Es haben uns schon einige Leute von politischen Organisationen besucht, die unseren Kampf verstanden haben", sagt Henriques, "und die sagen selbst, daß sie hierhergekommen sind, nicht, um die Leute zu belehren, sondern im Gegenteil, sie sind gekommen, um zu lernen."



Am 20. August nahmen die Bauern von Quebradas an der Demonstration der Arbeiter, Soldaten- und Bewohnerräte in Lissabon teil, zusammen mit 100 000 anderen. Sie wollten nicht zulassen, daß ihre Revolution in den Spiegelkabinetten der Hauptstadt verdiskutiert wird.

Solidarität mit Portugal heißt auch materielle Solidarität mit der Landwirtschaftskooperative von Quebradas. Jeder rollende Traktor in den Händen der revolutionären Bauern ist sozusagen einen Panzer wert.

Spenden für Quebradas bitte unter dem Kennwort "KOMMUNE VON QUEBRADAS" auf folgendes Konto:

Christian Kuls, PSchA FFM, Kto-Nr. 53 67 94-604

Aus Portugal-Nachrichten Nr. 4